

Asiatischer Aufstieg und deutsche Chancen

Philipp Mißfelder

Der rasante Aufstieg Asiens ist ein Signum unserer Zeit. Ob über globale Machtverschiebungen, neue Gestaltungsmächte, dynamische Wirtschaftszentren oder das vermeintliche Ende der atlantischen Epoche gesprochen wird – im Zentrum all dieser Phänomene steht der asiatische Aufstieg. Als US-Außenministerin Hillary Clinton im November letzten Jahres im *Foreign Policy-Magazin* davon sprach, dass der asiatisch-pazifische Raum der Dreh- und Angelpunkt des 21. Jahrhunderts wird, zeichnete sie diese Entwicklung in eindrücklichen Worten nach. Barack Obama versteht sich sogar als pazifischer Präsident der Weltmacht USA. Die Balance der Weltordnung wird also neu austariert. Wenn alles nach Asien schaut, dann muss auch Deutschland nach strategischen Antworten suchen, Ideen entwickeln und über die bisherige Politik hinausdenken.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das getan. Nach einer ersten Asienstrategie aus dem Jahr 2007 wurde im Oktober dieses Jahres eine neue Version unter dem Titel „Asiens Aufstieg: Herausforderung und Chance für uns“ beschlossen. Dabei handelt es sich nicht um eine bloße Fortschreibung bekannter Tatsachen, sondern um eine breite Reflexion der bisherigen Standpunkte. Vertreter der Fraktion sind dazu regelmäßig nach Asien gereist und haben das Gespräch vor Ort gesucht. Es wurden hochrangig besetzte Fachkongresse abgehalten, Expertengespräche organisiert und Stimmen aus Wirtschaft, Wissenschaft und

Zivilgesellschaft gehört. Keine andere Fraktion hat sich bisher intensiver mit Asien auseinandergesetzt. Die Zeiten, in denen es egal war, ob in China „ein Sack Reis umfällt“, sind definitiv vorbei, heißt es provokativ im neuen Positionspapier. In der Tat: Deutschland hat als viertgrößte Volkswirtschaft der Erde ein fundamentales Interesse an einem prosperierenden Asien, das politisch stabil, wirtschaftlich dynamisch und von universell gültigen Werten geprägt ist.

Zentrum weltpolitischer Dynamik

Asien ist eine feste weltpolitische Größe. Mit einer geografischen Ausweitung vom östlichen Rand Europas bis tief in den Pazifik, mit über 3,5 Milliarden Bewohnern und einer Wirtschaftsleistung, die Schätzungen zufolge bis 2030 etwa fünfzig Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes ausmachen wird, ist Asien ein Zentrum der weltpolitischen Dynamik. Asien als strategischen Raum zu definieren und einen kohärenten Ansatz zu entwickeln ist aber eine Herausforderung an sich. Die Region ist alles andere als homogen: Unterschiedliche Religionen, Kulturen, Ethnien und Staatsmodelle existieren nebeneinander, überlappen sich oder befinden sich gar im offenen Konflikt. Ein indischer Hindu, ein dem Schintoismus anhängender Japaner und ein Moslem aus Pakistan werden untereinander wenig kulturelle Affinitäten entdecken. In Asien finden sich hoch entwickelte Staaten wie Südkorea und Singapur neben Entwicklungsländern wie Bangladesch, Kambodscha

und Laos. Die politischen Systeme Asiens reichen von modernen Demokratien über autokratische Gebilde bis zu diktatorischen Regimen. Auch demografisch entwickeln sich die Länder unterschiedlich: Während die Philippinen eine Geburtenrate von 3,15 (Geburten pro Frau) verzeichnen, gehört Japan mit einem Wert von 1,39 zu den älter werdenden Gesellschaften des Kontinents. Selbst in China werden inzwischen Stimmen lauter, die Ein-Kind-Politik zu überdenken.

Werte, Wachstum und Stabilität

Universelle Werte, Wachstum und Stabilität sollen die Asienpolitik der Bundesrepublik bestimmen. Dieser Dreiklang ist der neuen Asienstrategie vorangestellt. Aus der Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion basieren die universellen Werte auf dem christlichen Menschenbild. Nationale Interessen dürfen daher nicht ohne Wertbindung vertreten werden. Die Kooperation mit asiatischen Staaten wird an den Standards des Völkerrechts und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausgerichtet. Die Gruppe der asiatischen Staaten, die sich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freien Märkten verschreiben, soll wachsen. Langfristige Partnerschaften erfordern daher einen intensiven Dialog über Werte und geteilte Überzeugungen.

China ist das prominenteste Beispiel hierfür. Während der letzten Regierungskonsultationen zwischen Berlin in Peking im August dieses Jahres hat Bundeskanzlerin Merkel klargemacht: „China ist der wichtigste Partner für Deutschland in Asien.“ Das Land spielt eine große Rolle für die deutsche Wirtschaft. 2011 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf 144 Milliarden Euro, die deutschen Direktinvestitionen in China auf 26 Milliarden Euro. Interessenspolitik und Wertgebundenheit gehen aber Hand in Hand. Deswegen wurde parallel zum Wirtschaftsdialog der deutsch-chinesische Austausch

über Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fortgeführt. Dabei hat sich Angela Merkel beispielsweise für bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten stark gemacht. Möglich ist die Synthese zwischen Interessen und Werten durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich zwischen den Regierungen Deutschlands und Chinas etabliert hat. So erreichen wir weit mehr für Menschenrechte als durch eine Politik des erhobenen Zeigefingers.

Neben bilateralen Kontakten bietet sich in Asien inzwischen eine Vielzahl multilateraler Diskussionsforen. Die zunehmende regionale Integration ist zwar noch nicht mit der Entwicklung der EU vergleichbar, geht aber besonders mit ihrem Fokus auf ökonomische Belange in eine ähnliche Richtung. Daraus entstehen bereits jetzt Synergieeffekte, die Deutschland vielversprechende Möglichkeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit bieten. Die wichtigste asiatische Regionalorganisation, ASEAN (Association of South East Asian Nations), strebt beispielsweise bis 2015 eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit an. Die asiatischen Staaten heben dabei ihre Kooperation über den regionalen Kontext hinaus. Der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) gehören neben vielen Staaten Asiens unter anderem auch die Vereinigten Staaten, Australien und Russland an. Zusammen beherrschen sie heute 45 Prozent des Welthandels.

Auch die Europäische Union (EU) führt alle zwei Jahre im multilateralen Format des *Asia-Europe Meeting* (ASEM) hochrangige Konsultationen mit asiatischen Regierungsvertretern durch. Vonseiten Asiens besteht großes Interesse am Projekt der europäischen Integration. Das hat zuletzt der Premierminister Malaysias, Najib Razak, im Vorfeld des 9. Asien-Europa-Gipfels in Laos deutlich gemacht. In einem Gastbeitrag für die *Frankfurter*

Allgemeine Zeitung am 5. November 2012 schreibt er, dass der europäische Binnenmarkt trotz Euro-Krise aus Sicht der ASEAN-Staaten ein Erfolgsmodell sei, dem man nacheifern wolle. Das Potenzial eines immer tiefer integrierten europäisch-asiatischen Wirtschaftsraums ist noch gar nicht abzuschätzen, entwickelt sich aber in ersten Ansätzen. Die EU verhandelt bereits mit Indien, Singapur und Malaysia über ein Freihandelsabkommen. Das nächste Ziel muss ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und ASEAN sein.

Konfliktpunkt Wirtschaftslenkung

In der Asienstrategie wird jedoch auch erwähnt, dass auf wirtschaftlichem Gebiet noch viele Differenzen beizulegen sind. In vielen asiatischen Ländern profitieren Unternehmer von staatlich gestützten Exportkrediten, was ihnen einen Vorteil gegenüber europäischen Wettbewerbern verschafft. Das Aufeinandertreffen von privatwirtschaftlicher Initiative und staatlich gelenktem Unternehmertum erzeugt zuweilen Wettbewerbsverzerrungen, die dem Prinzip des freien und fairen Welt Handels entgegenstehen. Regionaler Protektionismus, monopolisierte Wirtschaftssektoren, Dumping und Exklusivverträge für ausgewählte Betriebe schwächen den Wettbewerb und damit letztendlich die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften. Ein wichtiger Punkt ist dabei die öffentliche Auftragsvergabe. In der EU ist diese zu achtzig Prozent für Nicht-EU-Anbieter geöffnet. In China ist dieser Markt europäischen Unternehmen weitgehend verschlossen. Unbefriedigend ist nach wie vor der Umgang mit geistigem Eigentum, obwohl fast alle asiatischen Staaten Mitglieder der *World Intellectual Property Organization* (WIPO) zum Schutz des geistigen Eigentums sind. Hier steht in den kommenden Jahren noch viel Arbeit an.

Wirtschaftspolitik wird aber auch in einem anderen wichtigen Punkt themati-

siert. Der Industriestandort Deutschland ist auf den Import wichtiger Rohstoffe und Ressourcen aus Asien angewiesen – eine bedeutende Herausforderung, die in der tagesaktuellen Diskussion oft vernachlässigt wird. Die CDU/CSU hat dafür eine eigene Rohstoff-Strategie entwickelt. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich muss in den nächsten Jahren deutlich intensiviert werden. Deutschland hat bereits Rohstoff-Partnerschaften mit der Mongolei und Kasachstan geschlossen. Dieses Beispiel sollte Schule machen und weiter mit Leben gefüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung kritischer Infrastrukturen hervorzuheben, deren nachhaltiger Schutz sowohl im Interesse der importierenden als auch der exportierenden Staaten liegt.

Historische Ressentiments

Außen- und sicherheitspolitisch steht Asien vor vielen Herausforderungen. China ist mit einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen ein unabdingbarer Partner zur Bewahrung der internationalen Stabilität. Am Beispiel des syrischen Bürgerkriegs wird deutlich, welche Folgen es haben kann, wenn sich ein Land einem dringend erforderlichen Konsens verweigert. Ungelöste Territorialkonflikte wie zwischen Indien und Pakistan bergen ein erhebliches Eskalationspotenzial in der Region. Der Streit zwischen China und Japan über eine Inselgruppe im Südchinesischen Meer hat sich über die letzten Monate so zugespitzt, dass selbst historische Ressentiments aus der Zeit der Weltkriege wieder hervorgeholt wurden. Nordkorea ist als tyrannisches Regime mit Zugriff auf nukleare Potenziale nicht nur eine Gefahr für den regionalen, sondern für den internationalen Frieden. Hinzu kommen Probleme wie fragile Staatsstrukturen, terroristische Bewegungen und religiöser Fundamentalismus. Noch vor wenigen Monaten haben militante Islamisten versucht, einen Luftwaf-

fenstützpunkt in Pakistan zu stürmen, auf dem vermutlich Nuklearwaffen lagern. All das zeigt die Vielzahl an Sicherheitsrisiken, denen sich Asien ausgesetzt sieht und deren Bewältigung auch im Interesse Deutschlands ist. Eine zentrale Rolle für die Stabilität Asiens nimmt Afghanistan ein. Nach mehr als einem Jahrzehnt der Präsenz internationaler Streitkräfte soll die Sicherheitsverantwortung im Jahr 2014 der Regierung des Landes überantwortet werden. Die NATO wird dann über zehn Jahre zur Stabilität in der Region beigetragen haben und auch weiterhin Verantwortung für die Ausbildung von Sicherheitskräften übernehmen.

Dritte „Wissensweltregion“

Neben wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragestellungen widmet sich das neue Strategiepapier auch der Rolle der Bürgergesellschaft – eine Ebene, die besonders für die Wertediskussion interessant ist. Der Dialog mit der Bürgergesellschaft hängt davon ab, wie stark diese in den jeweiligen Staaten aktiviert ist. In einigen Ländern wird ihr Wirken unterdrückt, in anderen können gesellschaftliche Akteure freier agieren. Die politischen Stiftungen spielen hier eine ganz entscheidende Rolle. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält zwanzig Auslandsbüros in Asien und führt themenspezifische Regionalprogramme durch. Auf der Agenda stehen Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der guten Regierungsführung oder der Bedeutung von Medien in pluralistischen Gesellschaften. Gerade die Präsenz vor Ort ist ein Vorteil der Stiftungen, da sich so langfristige vertrauensvolle Kontakte aufbauen lassen.

Deutschland und Asien können noch in vielen anderen Bereichen voneinander lernen und profitieren, beispielsweise beim Wissenstransfer. Der asiatische Raum hat sich in Forschung und Bildung zur dynamischsten Zukunftsregion der Welt entwickelt. Durch erhebliche Investitionen in Bildung und Forschung und durch eine zunehmend regionale Kooperation entwickelt sich neben Nordamerika und Europa in Asien eine dritte „Wissensweltregion“. Besonders im Bereich der für Deutschland wichtigen Hochtechnologie ergeben sich große Chancen. Staaten wie Singapur oder Japan setzen in diesem Bereich Maßstäbe. Überall kann Expertise ausgetauscht werden: sei es in Fragen der Energiesicherheit, des Umgangs mit kritischen Infrastrukturen oder der intelligenten Organisation urbaner Zentren. Immerhin liegen sieben der zehn größten Weltmetropolen in Asien. Ebenso wichtig ist die Diskussion darüber, wie sich kräftiges Wirtschaftswachstum und der Schutz der Umwelt verbinden lassen. Hier kann Deutschland mit seinen Unternehmen einen reichen Erfahrungsschatz einbringen.

Der Aufstieg Asiens ist eine Herausforderung, vor allem aber eine Chance. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrer neuen Asienstrategie ein vielfältiges Dokument vorgelegt, aus dem sich die verschiedensten Initiativen im Bereich Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickeln lassen. Deutsche Asienpolitik braucht klare strategische Linien, frische Ideen und Offenheit im Dialog. Genau das ist der Auftrag, dem sich die Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet sieht.